Dresdner Volkszeitung

Bankkonto: Dresden, [illegible] & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post für ein vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer 40 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Nonpareillezeile 2,50 M. Familienanzeigen 2,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 9,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberwachung 40 Pf.

Nr. 276 | Dresden, Montag den 28. November 1921 | 32. Jahrg.

Landtagswahlen in Hessen

Darmstadt, 28. November. Nach den bisherigen Mitteilungen stellt sich das Wahlergebnis in Hessen folgendermaßen dar: Mehrheitssozialisten 24, bisher 31. Unabhängige und Kommunisten 4, bisher 11. 2 P. 1. Deutsch-demokraten 2—3, bisher 9. Bauernbund 8, bisher Hessische Volkspartei 5. Deutsche Volkspartei 11—12, bisher 7. Zentrum 12—13, bisher 13. Demokraten 4—5, bisher 13. Auch haben die Mehrheitssozialisten 7 Sitze verloren; die bürgerlichen Parteien haben in erster Linie die Demokraten verloren, die schon bei den letzten Reichstagswahlen um 10 Proz. geringer gewählt worden sind. Die Deutsche Volkspartei konnte verstärkt in den Landtag zurück, sie hatte bisher 7 Mandate. Die Hessische Volkspartei ist im Bauernbunde aufgegangen; dabei muß man berücksichtigen, daß er eigentlich zur Deutschnationalen Partei gehört. Das Zentrum hat sich behauptet.

Nach dieser Meldung ist die Zahl der sozialistischen Mandate gegangen. Statt 32 wurden nur 28 sozialistische Abgeordnete in hessische Kammer einziehen. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß in Hessen seit dem Januar 1919 keine Landtagswahlen stattgefunden haben. Innerhalb des Bürgerblocks zeigt sich der Zug nach rechts, der auch bei andern Wahlen der letzten Zeit in Erscheinung trat. Die Demokraten haben an die rechtsstehenden Parteien Stimmen und Mandate verloren, leider ein neuer Beweis dafür, wie wenig zuverlässige Anhänger der republikanisch-demokratischen Gedanke im bürgerlichen Lager hat. Einem Artikel über die politischen Vorgänge in Hessen, der uns bereits vor den Wahlen zuging, entnehmen wir folgendes:

Der im Januar 1919 gewählte erste Landtag der Republik Hessen ist Ende Oktober d. J. auseinandergegangen.

Die Regierung des Landes lag in den Händen der drei Koalitionsparteien (Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum), die schon vom Tage der Revolution an in der vorläufigen Regierung vertreten waren. Die Arbeiter- und Soldatenräte hatten unserm alten Führer der hessischen Sozialdemokratie, den Genossen Ulrich, mit der Regierungsbildung beauftragt, der im Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten in das Ministerium auch zwei Demokraten und einen Zentrumsmann berief. An dieser Zusammensetzung hat sich auch nach den Wahlen im großen Ganzen nichts geändert, lediglich zur Gleichgewichtsherstellung ist noch ein Zentrumsminister ohne Portefeuille hinzugetreten.

Die hessischen Demokraten, die früheren Freisinnigen, hatten im alten Landtag in den hauptsächlichsten staatspolitischen Fragen (Wahlrecht usw.) Schulter an Schulter mit den Sozialdemokraten gegen die alles beherrschenden Nationalliberalen Hessischer Richtung, die mit Zentrum und Bauernbund die schwärzeste Reaktion verkörperten, gekämpft. Ihre Beteiligung an der Regierung nehm man in Parteikreisen als selbstverständlich hin. Dagegen war die Zustimmung des Zentrums zur Regierung den Arbeiterräten gegenüber unverständlich. Aber auch diese Maßnahme rechtfertigte sich im weiteren Verlauf der Geschichte als eine Tat kluger Politik. Hat man es nicht zuletzt zuzuschreiben, daß die separatistischen Neigungen in rheinischen und rheinhessischen Zentrumskreisen nicht nur keinen weiteren Boden fanden, sondern nahezu zum Verschwinden gebracht werden konnten. Auf diese Bewegung wurde in Hessen, das zu 40 Prozent seines Gebietes von französischen Truppen besetzt ist, Rücksicht genommen werden. Zu den brachten die Revolutionswahlen der Sozialdemokratischen Partei nicht die Mehrheit. Von 70 Mandaten erhielt sie 31, die U. S. P. ein Mandat, Demokraten und Zentrum erhielten je 13, die Deutsche Volkspartei 7 und die Hessische (deutschnationale) Volkspartei 5 Mandate.

Die Regierungskoalition verfügte also über 57, die Opposition über 13 Abgeordnete, die nach der Wahlverordnung der provisorischen Regierung auf 3 Jahre gewählt waren. Diese Wahlverordnung erhielt vom Landtag die gesetzliche Sanktion. Als aber bei den im Sommer 1919 vorgenommenen Kommunalwahlen sich ein Ruck nach rechts vollzog, verlangten die Rechtsparteien nach Verabschiedung der Verfassung sofort Ansetzung von Neuwahlen, obwohl sie vorher nicht genug über „das ewige Wählen" zetern konnten. Die Koalitionsparteien lehnten das Verlangen einmütig ab, erstens weil die Abgeordneten auf 3 Jahre gewählt waren und zweitens, weil noch einige grundlegende Gesetze zur Ergänzung der Verfassung fertigzustellen waren. Außerdem hatte auch die Reichstagswahl 1920 in Hessen keine derartige Verschiebung in den Parteiverhältnissen gebracht, daß die Koalition als erschüttert anzusehen gewesen wäre.

Die Führung der Opposition der Rechtsparteien hatte die Deutsche Volkspartei (Dr. Osann und Dingeldey) übernommen. Die Deutschnationalen (Bauernbündler) begnügten sich damit, in kurzen Erklärungen den Rednern der Deutschen Volkspartei „voll und ganz" zuzustimmen.

Durch eine skandalöse Hetze niedrigster Art suchten sie den demokratischen Bildungsminister Dr. Strecker zu Fall zu bringen, der als alter Schulreformer und Pazifist allen Widerständen zum Trotz an die Neugestaltung des Schulwesens herangine. Er beseitigte die Lehrerseminare und die Vorschulen an den höheren Schulen, legte die Grundlage zur Einheitsschule und schuf die deutsche Aufbauschule, die, mit dem Geldsackprivileg der Eltern brechend, nur den Begabten offen steht und für Minderbemittelte die Kosten der gesamten Ausbildung übernimmt. Mit der seither üblichen Ausschließung demokratisch und sozialistisch gesinnter Lehrer von höheren Schul- und Schulverwaltungsstellen wurde gebrochen. Die reaktionäre Oberlehrerherrschaft und Professorenzunft lief Sturm und die Rechtsparteien machten sich zu ihren Anwälten. Man zeterte in sattsam bekannter Art über Parteigünstlingswirtschaft, man zog die vaterländische Gesinnung Dr. Streckers in Zweifel, ja man forderte die Lehrer- und Beamtenschaft zu offenem Widerstand gegen die Regierung auf. Das Geschrei hat nichts genützt. Die Oberlehrer sagten ihren kampflustigen Vorstand zum Teufel und das Gros der Lehrerschaft stellte sich hinter die Regierung, weil ihr die handgreifliche Imparität des alten Systems, unter der auch die katholische Lehrerschaft viel zu leiden hatte, zuwider war.

Die reaktionären, monarchistisch-militaristischen Treibereien fanden in Hessen keinen geeigneten Boden. Die Wachsamkeit der Arbeiterschaft verhinderte jedenfalls ein Umsichgreifen. Der reaktionäre Geist in der Staatsverwaltung sollte durch eine Verwaltungsreform in demokratischem Sinne überwunden werden. Da der Innenminister Dr. Fulda diesem wiederholt und dringend geäußerten Verlangen nicht nachkam, wurde er von der sozialdemokratischen Fraktion aus der Regierung zurückgerufen. Hoffentlich gelingt es im neuen Landtag, eine gründliche Verwaltungsreform durchzusetzen.

Zum Wahlergebnis

Eigene Drahtmeldung

Mainz, 28. November. Die Landtagswahlen in Hessen brachten im Vergleich zu den Reichstagswahlen eine katastrophale Niederlage der Unabhängigen. Die verloren insgesamt 75 Prozent. Die Sozialdemokraten erhielten 148 579 Stimmen gegenüber 179 800 Stimmen bei den Reichstagswahlen von 1920; die Demokraten erhielten 33 000 gegenüber 63 000 im Juni 1920, das Zentrum 78 000 gegenüber 95 000, die Volkspartei 68 000 gegenüber 91 000, die Deutschnationalen 24 000 gegenüber 83 000, die U. S. P. 15 000 gegenüber 73 000, die Kommunisten 18 000 gegenüber 3000. Die Sozialdemokratie hat sich gut gehalten. Der Verlust ist geringer als der allgemeine Stimmenrückgang. Die Mandate verteilen sich folgendermaßen: Demokraten 5 gegen 13, Sozialdemokraten 23 gegen 31, Zentrum 12 gegen 13, Deutschnationale 4 gegen 5, U. S. P. 2 gegen 1 und K. P. D. 1 gegen 0, Bauernbund 10 gegen 0, Volkspartei 3 gegen 0.

Stinnes bei Lloyd George

Hugo Stinnes, der inzwischen von seiner Londoner Reise zurückgekehrt ist, wurde am Sonnabend vom Reichskanzler Dr. Wirth werden empfangen. Ueber seine Besprechungen mit Dr. Wirth werden von verschiedenen Seiten Mitteilungen verbreitet, die jeder Grundlage entbehren und lediglich auf Kombinationen beruhen. Richtig ist, daß **Stinnes mit Lloyd George Besprechungen geführt hat** und dem Reichskanzler hiervon Mitteilung gab. Die Vossische Zeitung weiß über den Aufenthalt von Hugo Stinnes in England nähere Mitteilungen zu machen, die wir bestätigen können:

„Nur wenige Eingeweihte wußten vorher, daß Stinnes von Lloyd George eingeladen war. Zu diesen gehörte der Reichskanzler, den Stinnes loyal informiert hatte. Wenn es gelang, das Geheimnis dieser Reise so lange zu bewahren und wenn aus London sogar Dementis der Gerüchte hierüber kamen, daß der deutsche Großindustrielle vom englischen Ministerpräsidenten empfangen werden sei, so ist das im wesentlichen auf die geschickte Inszenierung des Besuches in London zurückzuführen. Herr Stinnes hat nicht bloß Lloyd George gesprochen, sondern er hat **von Sonnabend mittag bis Montag mittag zum Week-End zu Besuch auf dem Landgut Lloyd Georges geweilt. Er fuhr von der Bahn ins Hotel und wurde vom Hotel im Automobil weiterbefördert und auf dieselbe Weise vor seiner Abfahrt zum Hotel zurückgebracht, und in der Zwischenzeit wurden Besucher und Interviewer, die Stinnes im Hotel glaubten, dadurch getäuscht, daß man ihnen sagte, Herr Stinnes konferiere.**"

Wir sind uns klar darüber, daß die Verhandlungen des Kohlenkönigs Stinnes in der Hauptsache im Interesse der deutschen Industrie gelegen haben, die die Verbindung der deutschen Reichseisenbahnen mit den Bahnen der übrigen Länder wünscht und zu diesem Zweck die Privatisierung für unbedingt notwendig hält. Es ist deshalb nur zu begrüßen, wenn die **Reichsregierung nach wie vor versucht, die Kredite selbst, unabhängig von der Industrie, aufzubringen.** Zu diesem Zwecke ist der Präsident der Reichsbank Havenstein nach London gereist und wird dort jedenfalls nicht nur mit offiziellen Kreisen, sondern auch mit Vertretern der Industrie Verhandlungen führen. Gleichzeitig werden die Versuche des Reichskabinetts, **in Amerika Kredite aufzubringen,** fortgesetzt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Kanzler bereits in der Montagsitzung des Auswärtigen Ausschusses über das Resultat der durch ihn angestrengten Verhandlungen Mitteilung macht.

Der Schlag gegen die Einheitsfront

Nachdem der Märzputsch niedergeschlagen war, nachdem so viele Arbeiter in Not und Elend gestürzt waren, duckten sich die Eberlein und Genossen. Levi hielt Abrechnung mit ihnen und die Großmäuligen waren mäuschenstille. Nun ist ein halbes Jahr vorüber, die politische und wirtschaftliche Situation wirkt revolutionierend auf die Arbeiter und siehe da: schnell sind die Führer des Bürgerkrieges vom Frühjahr bei der Hand, um mit ihren Opfern, mit den Arbeitern, die sie ja selbst ins Verderben gestürzt haben, politische Geschäfte zu machen. Bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit stellen sie die Forderung auf Freilassung der politischen Gefangenen. Nach allem, was man heute über die Vorgänge in Mitteldeutschland weiß, ist es klar und nichts weiter als eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit, daß alle politischen Gefangenen, ausgenommen die Schwerverbrecher, freigelassen werden müssen. Die Sozialdemokratie fordert das, die unabhängige Sozialdemokratie fordert es ebenfalls und niemand hat etwas dagegen, wenn die Kommunisten sich dieser Forderung anschließen. Wenn sie aber die Forderung auf Freilassung der politischen Gefangenen benutzen, um in den Parlamenten vor den Arbeitern Theater zu spielen, und so tun, als ob nur sie sich um die unglücklichen Gefangenen kümmern, so muß sich jeder anständige Mensch mit einem Gefühl des Ekels von diesem heuchlerischen Spiel abwenden.

Die Veröffentlichungen des Vorwärts und der Freiheit haben den ganzen moralischen Tiefstand dieses Gesindels aufgezeigt. Die faule Ausrede der Roten Fahne, der Vorwärts habe nur eine Art Racheakt durch seine Enthüllungen begehen wollen, ist schnell erledigt. Die Zeit für die Zurückhaltung des Materials war einfach abgelaufen und damit war die Zeit da, die Arbeitermassen über das Lumpenpack, daß die Phrase von der „Einheitsfront" zu keinstem nur parteipolitischen, Zwecken mißbraucht, aufzuklären. Der Vorwärts wäre keinen Schuß Pulver wert, wenn er seine Enthüllungen nicht gemacht hätte. Mit der Schonung dieser feigen Gesellen, die mit wohlgepflegter Frisur im preußischen Landtag in der warmen Stube hocken, während ihre Werkzeuge in den Gefängnissen schmachten, wird die Einheitsfront des Proletariats wirklich nicht gefördert. Erst müssen die Burschen, denen das Leben der deutschen Arbeiter, wenn es die Ehre und der Ruhm Moskaus verlangen, nicht heilig ist, kaltgestellt werden. Wir sind mit der „Freiheit" ganz einverstanden, wenn sie in einem Leitartikel über die Enthüllungen folgendermaßen schreibt:

„Es erscheint uns ausgeschlossen, daß mit den Vertretern dieser Partei gemeinsame Politik getrieben werden kann. Für die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse wie für das gelegentliche Zusammenwirken der verschiedenen Parteien und der Gewerkschaften ist die erste, aber auch unerläßliche Voraussetzung: moralisch und politisch einwandfreies Handeln. Von diesem Ziel sind die Führer der Kommunistischen Partei noch außerordentlich weit entfernt. Auf ihnen ruht deshalb die Schuld, daß die Versuche, mit ihnen national oder international zusammenzuarbeiten, ein Ende haben werden. Die deutsche Arbeiterklasse erfüllt ihre wichtigste Pflicht gegen sich selbst, wenn sie diese Gesellschaft auch des letzten Restes der politischen Verantwortung entkleidet, indem sie die Handvoll Verräter an der Spitze der Kommunistischen Partei unter sich läßt."

Soeben war der Vollzugsausschuß der 2. Internationale in Brüssel beisammen und beschloß, eine internationale Sozialistenkonferenz einzuberufen, um die Einheit der Internationale wieder herzustellen. Vedebour übt in der Freiheit an dem Vorgehen in Brüssel Kritik und spricht von dem Konkurrenzbedürfnis der 2. Internationale. Ferner fragt Vedebour, ob die 2. Internationale die Moskauer wohl einladen werde. Wenn ja, ob die Moskauer die Einladung annehmen werden. — Wir haben früher vom Unverstand der Massen gesprochen, wir müssen das Lied abändern und vom Unverstand der Führer sprechen. Die englische Industrie hat in diesem Augenblick bemerkenswerte Andeutungen über den Wiederaufbau Rußlands durch deutsche Hilfe gemacht. Wirtschaftliches Zusammenarbeiten ist undenkbar ohne politische Annäherung. Wo wäre diese politische Annäherung leichter möglich als in der Internationale der Arbeiter? Wird Moskau aber mittun? Kaum; es wird die Leute in Deutschland nicht fallen lassen, die auf sein Gebot den Märzputsch inszenierten und mit denen nun Sozialdemokraten und Unabhängige nichts mehr zu tun haben können. Wir fürchten, daß die Einheitsfront vorläufig noch jenen schönen Früchten gleicht, die nach der griechischen Sage vor dem Munde der Durstigen hängen, jedesmal aber zurückweichen, wenn die Hand verlangend sich danach ausstreckt.

Die Schuldokumente

Zu dem vom Vorwärts veröffentlichten Material über die Inszenierung des Märzputsches durch die Kommunistenführer, das bekanntlich Klara Zetkin beim Ueberschreiten der deutsch-russischen Grenze abgenommen wurde, hören die V. P. D. an zuständiger Stelle, daß das Material am 5. Juli dieses Jahres in die Hände der Behörden fiel. Nach genauer Prüfung ist es am 16. August dem Ober-Reichsanwalt am Reichsgericht zu Leipzig zur weiteren Veranlassung übergeben worden. Dieser hat daraufhin eine Untersuchung eingeleitet. Auch der Ausschuß des preußischen Landtages hatte Kenntnis von

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211128/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG